

Gemeinde: SIERNDORF
Verwaltungsbezirk: KORNEUBURG
Land: Niederösterreich

KUNDMACHUNG

**der Auflegung des Verzeichnisses der Abstimmungsberechtigten für die
Volksbefragung :**

geplante Erweiterung des Betriebsgebietes in der KG Höbersdorf

**Das Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten für die Durchführung der
Volksbefragung
am 28. Jänner 2024 wird an folgenden drei Werktagen, nämlich**

21. Dezember bis 23. Dezember 2023

im Gemeindeamt Sierndorf, Prager Straße 13 öffentlich aufgelegt.

In das aufgelegte Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten kann jedermann

am Donnerstag 21.12.2023	in der Zeit von 16:00	Uhr bis 20:00 Uhr
am Freitag 22.12.2023	in der Zeit von 08:00	Uhr bis 12:00 Uhr
am Samstag 23.12.2023	in der Zeit von 08:00	Uhr bis 12:00 Uhr

**Einsicht nehmen und davon Abschriften und Vervielfältigungen herstellen. Nach Maßgabe der
vorhandenen technischen Möglichkeiten muss die Gemeinde auch Kopien auf Kosten des/der
Verlangenden herstellen.**

**Zur Abstimmung berechtigt sind nur solche Personen, die in das Verzeichnis der
Abstimmungsberechtigten eingetragen sind.**

**Gegen das Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten kann jede/r Staatsbürger/in und jede/r
Staatsangehörige eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union innerhalb von zehn Tagen ab
Beginn der Auflagefrist wegen Aufnahme vermeintlich Nichtwahlberechtigter oder wegen Nichtaufnahme
vermeintlich Wahlberechtigter schriftlich oder mündlich bei der Gemeindewahlbehörde Sonntag
31.12.2023 einen mit einer Begründung versehenen Berichtigungsantrag einbringen; es kann also die
Aufnahme einer Person in das Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten oder die Streichung einer
Person aus dem Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten verlangt werden. Am letzten Tag der
Berichtigungsfrist müssen Berichtigungsanträge spätestens bis 16.00 Uhr im Gemeindeamt einlangen.
Der Berichtigungsantrag ist, falls er schriftlich eingebracht wird, für jeden Berichtigungsfall gesondert zu
überreichen. Für im gemeinsamen Haushalt lebende Familienangehörige kann der Berichtigungsantrag
gemeinsam erhoben werden.**

Der Berichtigungsantrag muss den Namen und die Wohnadresse der Person, die den Berichtigungsantrag erhoben hat, enthalten.

Bei Anträgen auf Aufnahme in das Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten sind die zur Begründung des Verlangens notwendigen Belege, insbesondere ein ausgefülltes Wähleranlageblatt (Muster 4) anzuschließen.

Wenn die Streichung einer Person verlangt wird, muss dies begründet werden.

Wenn ein Berichtigungsantrag von mehreren Personen unterschrieben worden ist, so gilt, wenn kein Zustellungsbevollmächtigter genannt ist, die Person als zustellungsbevollmächtigt, die an erster Stelle unterschrieben hat.

Gegen die Entscheidung der Gemeindewahlbehörde können sowohl der/die Berichtigungswerber/in als auch die vom Berichtigungsantrag betroffene Person binnen drei Tagen nach Zustellung schriftlich Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht Niederösterreich erheben. Auf dieselbe Weise kann auch jede/r Staatsbürger/in und jede/r Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union binnen drei Tagen nach Beginn der Kundmachung schriftlich Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht Niederösterreich erheben. In beiden Fällen muss die Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht Niederösterreich bei der Gemeinde eingebracht werden.

Die Gemeinde muss den/die Beschwerdegegner/in von der Beschwerde unverzüglich nach Einlangen verständigen. Die Verständigung muss die Mitteilung enthalten, dass der/die Beschwerdegegner/in in den Beschwerdeakt Einsicht nehmen kann und sich zur Beschwerde binnen zwei Tagen schriftlich äußern kann.

Schriftliche Eingaben können auch mit
E-Mail: gemeindeamt@gdesierndorf.at
eingebracht werden.

Beschwerden müssen für jeden Fall gesondert überreicht werden. Nur für Familienangehörige in einem gemeinsamen Haushalt kann gemeinsam Beschwerde erhoben werden. Wenn die Beschwerde die Aufnahme einer Person verlangt, müssen ihr die zur Begründung notwendigen Belege, dazu gehören jedenfalls ein ausgefülltes Wähleranlageblatt (Muster 4), angeschlossen werden. Wenn die Streichung einer Person verlangt wird, muss dies begründet werden.

Die Gemeinde muss Beschwerden und allfällig erstattete Äußerungen unverzüglich an das Landesverwaltungsgericht Niederösterreich weiterleiten.

Das Landesverwaltungsgericht Niederösterreich muss über eine Beschwerde bis spätestens 50 Tage nach dem Stichtag ohne Durchführung einer mündlichen Verhandlung und, sofern die Beschwerde nicht als unzulässig oder verspätet eingebracht zurückzuweisen ist, in der Sache selbst entscheiden.

Die Entscheidung über die Beschwerde muss sowohl dem/der Beschwerdeführer/in als auch dem/der Beschwerdegegner/in und der Gemeinde zugestellt werden. Erfordert die Entscheidung eine Richtigstellung des Verzeichnisses der Abstimmungsberechtigten, muss die Gemeindewahlbehörde die Richtigstellung durchführen. Dabei müssen die Entscheidungsdaten angeführt werden. Bei Aufnahme einer Person muss der Name am Schluss des Verzeichnisses der Abstimmungsberechtigten mit der dort fortlaufenden Zahl angeführt werden. An der Stelle des Verzeichnisses der Abstimmungsberechtigten, wo

die Person ursprünglich einzutragen gewesen wäre, muss auf die fortlaufende Zahl der neuen Eintragung hingewiesen werden.

Auf die zu Beginn der Einsichtsfrist nach den Vorschriften des NÖ Landesbürgerevidenzgesetzes 2019, LGBl. Nr. 27/2019 in der geltenden Fassung (§§ 7 bis 9), noch nicht entschiedenen Berichtigungsanträge und Beschwerden gegen die Evidenzen müssen die betreffenden Bestimmungen dieses Abschnittes angewendet werden. Ist zu Beginn der Einsichtsfrist (§ 21 Abs. 1 NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994, LGBl. 0350) ein Berichtigungs- oder Beschwerdeverfahren nach den Vorschriften des Wählerevidenzgesetzes 2018 - WEviG, BGBl. I Nr. 106/2016 in der Fassung BGBl. I Nr. 27/2019, anhängig, ist von Amts wegen zusätzlich ein Verfahren zur Berichtigung des Verzeichnisses der Abstimmungsberechtigten in sinngemäßer Anwendung der betreffenden Bestimmungen des 4. Abschnittes der NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994, LGBl. 0350, einzuleiten.

Sierndorf, am 21.12.2023

Der Bürgermeister



¹⁾ Die Einsichtnahme muss während der Amtsstunden, jedoch mindestens vier Stunden täglich, möglich sein (§ 21 Abs. 1 zweiter Satz NÖ GRWO 1994). An einem Tag der Auflagefrist darf außerdem die Einsichtsfrist keinesfalls vor 20 Uhr enden (§ 21 Abs. 1 zweiter Satz NÖ GRWO 1994)!